



Information nach Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)
bei der Erhebung von personenbezogenen Daten für den Bereich
des Pflegestützpunktes

Stand: August 2024

Vorbemerkung

Das Jugend- und Sozialamt der Stadt Pforzheim (Amt 50) umfasst ein sehr breites Aufgabenspektrum in der Jugend- und Sozialhilfe, darunter auch den Bereich des Pflegestützpunktes nach § 7c SGB XI.

Die Inanspruchnahme der Pflegestützpunkte erfolgt auf freiwilliger Basis. Die Beratung ist kostenlos und vertraulich. Sie kann auch anonym erfolgen - ohne Erhebung und Verarbeitung Ihrer Sozialdaten. Es kann aber auch eine Datenerhebung erforderlich werden. Hierbei müssen personenbezogene Daten verarbeitet werden.

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten hat für die Stadt Pforzheim einen hohen Stellenwert. Wir informieren Sie hiermit darüber, was personenbezogene Daten sind, zu welchem Zweck und auf welcher Rechtsgrundlage die Verarbeitung erfolgt, wie lange Ihre Daten gespeichert werden und welche Rechte Sie nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) haben.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten - dies sind Informationen, die Ihre Person betreffen, d. h. Name, Adresse, Geburtsdatum und -ort, Bankverbindungsdaten, Angaben zu Kindern, Ehe- und Lebenspartnern sowie Kontaktdaten - erfolgt zum Zweck der gesetzlichen Aufgabenerledigung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XI, Soziale Pflegeversicherung.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Stadt Pforzheim
Marktplatz 1
75175 Pforzheim

2. Ansprechpartner im Jugend- und Sozialamt

Stadt Pforzheim
Jugend- und Sozialamt
Amtsleitung
Marktplatz 4
75175 Pforzheim
Telefon: 07231 39 2444 oder 39 2917
E-Mail: jsa@pforzheim.de

3. Beauftragte für den Datenschutz

Stadt Pforzheim
Datenschutzbeauftragte
Marktplatz 1
75175 Pforzheim
Telefon: Tel:07231/39-3538
E-Mail: datenschutz@pforzheim.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Daten werden verarbeitet um die Aufgaben gem. §7c Abs. 2 SGB XI und §7a Abs. 1 SGB XI erfüllen zu können.

Die Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit c und e DSGVO in Verbindung mit §§ 67 - 78 SGB VIII verarbeitet.

Darüber hinaus ist eine Datenverarbeitung auch zulässig, wenn Sie ihre Einwilligung erteilt haben (Art. 6 Abs. 1 lit a DSGVO).

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben werden bei Bedarf die erforderlichen personenbezogenen Daten an andere Behörden und Stellen weitergegeben.

- Innerhalb des Jugend- und Sozialamtes an die
 - Sozialer Dienst
 - Beistandschaften / Pflegschaften / Vormundschaften
 - Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt, sonstige Hilfen
 - Pflege und Behindertenhilfe
 - Betreuungsbehörde
- Kranken- bzw. Pflegekassen
- Vermieter bzw. Wohnungsbaugesellschaften
- Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände
- Ärzte
- Therapeuten
- Sozialdienste der Krankenhäuser
- Beratungs-/Hilfsangebote von Ehrenamtlichen
- Angebote zur Unterstützung im Alltag gem. § 45 SGB XI
- Sonstige für pflegerische und hauswirtschaftliche oder andere Zwecke erforderliche Dienstleister

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

2 Jahre Aufbewahrungsfrist nach dem Jahr der abschließenden Bearbeitung entsprechend § 107 SGB XI/§ 304 SGB V unter Sicherung mittels Zugangs- und Zugriffskontrolle. Allerdings wird empfohlen, die Daten drei Jahre aufzubewahren, da Schadenersatzansprüche (§ 199 BGB) von Klienten möglich sind, wenn diese auf fehlerhafte Beratung zurückzuführen sind. Dann werden die Unterlagen/Daten im Rahmen des Archivgesetzes zunächst dem Stadtarchiv zur Archivierung angeboten. Erfolgt keine Übernahme in das Archiv, werden die Akten vernichtet und die Daten gelöscht.

7. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen:

- Recht auf Auskunft über die zur eigenen Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15)
- Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16)
- Recht auf Löschung oder Einschränkung der Datenverarbeitung (Art. 17 und 18)
- Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände (Art. 21)
- Recht auf Datenübertragbarkeit bei Einsatz von automatisierten Verfahren (Art. 20)

8. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn die Verarbeitung auf Grund einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) DSGVO erfolgt, besteht das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg
Postfach 102932
70025 Stuttgart
Tel: 0711/61 55 41-0
E-Mail: poststelle@fdi.bwl.de

10. Pflicht zur Angabe der Daten

Die von uns verarbeiteten Daten sind erforderlich, um die gesetzlichen Aufgaben durchzuführen. Wir bitten Sie deshalb, die Angaben vollständig zu erteilen und uns die notwendigen Unterlagen möglichst umgehend zu übergeben.

Ihre Mithilfe, die in den §§ 60 bis 65 SGB I ausdrücklich vorgesehen ist, erleichtert uns eine rasche Erledigung Ihrer Angelegenheiten. Bitte bedenken Sie, dass, wenn Sie nicht entsprechend mitwirken und keine oder unvollständige Angaben machen, wir unsere gesetzlichen Aufgaben nicht bzw. nur unzureichend erfüllen können.